

Antrag der Fraktion der CDU

Hinterlandbebauung stärker fokussieren und durch einen Innenentwicklungsmanager unterstützen!

Grundstücke in zweiter Reihe gelten als stille Baureserven. Insbesondere ältere Häuser aus der Nachkriegszeit verfügen häufig über große Grundstücke, die relativ ungenutzt sind. Oftmals streben u.a. Familienangehörige eine sogenannte Hinterlandbebauung an, da das Grundstück einerseits kostengünstiger zu erwerben ist, andererseits, im Gegensatz zu einem Neubaugebiet, eine Erschließung und Infrastruktur wie Schulen, Haltestellen, Kindergärten vorhanden ist.

Laut der Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU (Drs. 19/555 S) könnten nach Auffassung des Senats insgesamt 1.312 Wohneinheiten durch eine sogenannte Hinterlandbebauung entstehen. Insbesondere in Bremen-Nord (Veogesack, Blumenthal), Horn-Lehe, Borgfeld und Obervieland gibt es ein erhöhtes Potential für das Bauen in zweiter Reihe. Allein in diesen Stadtteilen könnten durch die Bebauung von 1.339 Baulücken 1.139 Wohneinheiten entstehen.

Der Antwort des Senats ist zu entnehmen, dass keine aktive Ansprache der Grundstückseigner erfolgt. Hier könnten Grundstückseigentümer durch direkte Ansprache über die Möglichkeiten der Hinterlandbebauung informiert werden und konkret nach potentiellen Verkaufsabsichten befragt werden. Ein Innenentwicklungsmanager könnte diesen wichtigen Part übernehmen und die Eigentümer, sollten sie sich für eine Bebauung aussprechen, über die nächsten Schritte aufklären und an zuständige Behörden vermitteln. In diesem Zusammenhang hat der Senat es leider versäumt, sich auf ein Bundesprogramm zu bewerben, welches Kommunen durch ein Innenentwicklungsmanagement bei der Beratung und Kontaktaufnahme zwischen Grundstückseignern und Planern unterstützt hätte. Ein Verweis auf das seit dem 3. April 2017 veröffentlichte Baukataster ist nicht ausreichend, da dort alle Baulücken erfasst werden, ohne Eigentümer darüber zu informieren bzw. Verkaufsabsichten abzufragen. Somit hat eine solche Sammlung von Grundstücken keinerlei Aussagekraft über potentielle neue Baugrundstücke.

Da Bremen nicht über die gleichen Bauflächenpotentiale wie umliegende Gemeinden verfügt, Bremerinnen und Bremer aber dennoch verstärkt den Wunsch nach einem Haus mit Garten verspüren, sollte der Bremer Senat alle Potentiale nutzen, um einer Abwanderung ins niedersächsische Umland entgegenzuwirken.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf:

1. die personellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ein Innenentwicklungsmanager (1 VZÄ) aktiv das Gespräch mit Grundstückseigentümern sucht und diese auf das Potential der Hinterlandbebauung ihres/ihrer Grundstücke/s aufmerksam macht und Gespräche mit den verantwortlichen Behörden vermittelt,
2. der zuständigen städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft halbjährlich über die Entwicklung zu berichten.

Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU